



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

21. Sitzung (öffentlich)

28. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:54 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Vorstellung der Landesfachstelle Alleinerziehende (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)** **5**
 - mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Gespräch mit Nicola Stroop und Ute Zimmermann, Verband allein erziehender Mütter und Väter Landesverband Nordrhein-Westfalen (*Bildschirmpräsentation s. Anlage 1*)

- 2 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen** **12**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung am 20.04.2023)

 - abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

3 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zu-sichern! 13

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion ab.

4 Finger weg vom OGS-Rechtsanspruch – die Landesregierung muss kurzfristig ein Rettungsprogramm für den Ganztag auflegen 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5851

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Dennis Maelzer (SPD), sich an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung am 28. November 2023 pflichtig zu beteiligen.

5 Informationen und Maßnahmen zur Personal- und Platzsituation in der stationären Jugendhilfe (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1701

In Verbindung mit:

Bericht zu Inobhutnahmen in Nordrhein-Westfalen (Bericht auf Wunsch der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1702

– Wortbeiträge

- 6 Welche Probleme hat die Landesregierung bei der Umsetzung des Sofortprogramms Kita und weiterer Maßnahmen zum Umgang mit dem akuten Personalmangel in den Kindertagesstätten, dass sie den eigens angemeldeten Tagesordnungspunkt zurücknehmen musste? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **21**

In Verbindung mit:

Bericht zum Sachstand der Umsetzung des Antrags „Fachkräftemangel in den Kindertageseinrichtungen mit einer Fachkräfteoffensive begegnen“ (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1704

– Wortbeiträge

- 7 Verschiedenes** **28**

– keine Wortbeiträge

* * *

2 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung am 20.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 20.12.2022)

Der mitberatende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe für eine Ablehnung des Antrages votiert, teilt der **Vorsitzende Wolfgang Jörg** mit.

Marcel Hafke (FDP) misst dem Thema eine hohe Relevanz bei, sieht akuten Handlungsbedarf im politischen Raum und wirbt um Zustimmung für den Antrag, auch wenn die Regelungsmöglichkeiten auf Landesebene begrenzt seien. Die durchgeführte Anhörung habe diesbezüglich viele Impulse gesetzt. In Richtung Bund gelte es nun, Druck aufzubauen, damit über den Einflussbereich des Landes hinaus weitere Fortschritte erzielt werden könnten.

In der Anhörung seien wichtige Punkte aufgegriffen worden, stimmt **Charlotte Quik (CDU)** ihrem Vorredner zu. Einige dieser Punkte befänden sich schon in der Umsetzung, andere müssten erst noch Berücksichtigung finden. Ihre Fraktion werde dem Antrag zwar nicht zustimmen, allerdings wolle man die Diskussion über dieses Thema fortsetzen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

